



## N i e d e r s c h r i f t

**über die Sitzung des Hauptausschusses 03/2008 - 2013 am 08.12.2008 im  
Sitzungsraum 1.22 des Rathauses**

**Beginn: 18.30 Uhr**

**Ende: 20.00 Uhr**

### **Anwesend:**

Ausschussvorsitzende	Karin Honerlah
Gemeindevertreter/in	Martin Andernacht
”	Elisabeth von Bressendorf
”	Heinz-Georg Gülk
”	Dr. Dietmar Kahle
”	Andreas Lemke
”	Edda Lessing (für GV Siegfried Ramcke)
”	Horst Ostwald
”	Kai Schmidt
”	Johann Schümann
”	Jens-Uwe Steffen
”	Silke Schmude (für GV Klaus-Peter Eberhard) - ohne Stimmrecht -
Bürgermeister	Volker Dornquast - ohne Stimmrecht -
ferner	Bürgervorsteher Carsten Schäfer
seitens der Gemeindeverwaltung	Jens Richter, Büroleitender Beamter Petra Felker als Protokollführerin
entschuldigt fehlen	Gemeindevertreter Siegfried Ramcke  Gemeindevertreter Klaus-Peter Eberhard

### **Tagesordnung:**

- 1. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
- 2. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses 02/2003-2008 am 17.11.2008**
- 3. Bericht der Ausschussvorsitzenden und des Bürgermeisters**
- 4. Erstellung eines Entwicklungskonzepts für die Gemeinde / Einwohnerentwicklung**



## **5. Zusammenarbeit Selbstverwaltung (Politik) und Verwaltung**

## **6. Unterrichtungen/Anfragen**

## **7. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**

### **Nichtöffentlich:**

## **8. Niederschlagung von Forderungen**

## **9. Berichtswesen**

- a) Grunderwerbsvorgänge und Grundstücksverkäufe, soweit diese in den gemäß Hauptsatzung festgelegten Wertgrenzen für den Bürgermeister liegen**
- b) Neuansiedlung / Betriebserweiterung im Gewerbegebiet Nord im Jahr 2008**

Die Hauptausschussvorsitzende, Frau Honerlah, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

### **Zu Punkt 1 der Tagesordnung:**

#### **„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“**

##### **a) Verfahrensstand in einer Grundstücksangelegenheit**

Ein Einwohner, Herr Johannsen, erkundigt sich, ob der Verwaltung aktuelle Kenntnisse über den Stand des Verfahrens beim Oberlandesgericht Schleswig in seiner Grundstücksangelegenheit vorliegen. Bürgermeister Dornquast verneint dieses.

##### **b) Presseveröffentlichungen zum Haushaltsdefizit**

Frau Donner, Mitglied des Seniorenbeirates, nimmt Bezug auf jüngste Presseveröffentlichungen. Sie sorgt sich darum, dass in der Bevölkerung der Eindruck entstehen könnte, das Defizit im Haushalt 2009 der Gemeinde sei den Rentnerinnen und Rentnern anzulasten. Sie bittet höflich, einem „Krieg der Generationen“ entgegenzuwirken.

Bürgermeister Dornquast nimmt den Hinweis dankend entgegen. Er teilt mit, gegenüber der Presse als Ursache sinkende Schlüsselzahlen genannt zu haben, vor dem Hintergrund, dass in der Vergangenheit nicht genügend junge Familien zugezogen sind. Er versichert, keine die Rentnerinnen und Rentner bezichtigende Aussage getroffen zu haben. Dieses wurde bereits anlässlich der Seniorenweihnachtsfeiern richtig gestellt.

### **Zu Punkt 2 der Tagesordnung:**

#### **„Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses 02/2003-2008 am 17.11.2008“**

Gegen die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses 02/2008-2013 am 17.11.2008 werden keine Einwendungen erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.



### **Zu Punkt 3 der Tagesordnung:** **„Bericht der Ausschussvorsitzenden und des Bürgermeisters“**

Zu dem Tagesordnungspunkt ist den Mitgliedern des Hauptausschusses eine Beratungsvorlage zugegangen.

#### **a) Bericht der Ausschussvorsitzenden**

Hauptausschussvorsitzende, Frau Honerlah, teilt mit, dass sie aus privaten Gründen am kommenden Wochenende leider nicht mit in die polnische Partnergemeinde Wierzchowo fahren und an der dortigen Veranstaltung zur Ehrung von Henstedt-Ulzheimer Bürgern teilnehmen kann.

#### **b) Bericht des Bürgermeisters**

Bürgermeister Dornquast informiert, dass er gegen den in der Sitzung des Sozial-, Senioren- und Gleichstellungsausschusses am 04.12.2008 unter TOP 4 „Mehrgenerationenhaus“ gefassten Beschluss hinsichtlich der Vergabe der Trägerschaft aus rechtlichen Gründen Widerspruch einlegen muss. Dieser stünde nicht mit dem Vergaberecht inkl. der in der Ausschreibungs- und Vergabeordnung der Gemeinde festgelegten Wertgrenze für eine freihändige Vergabe in Einklang, so dass eine Ausschreibung erforderlich sei. Der Beschluss sei daher durch den Ausschuss aufzuheben und über die Angelegenheit anschließend, unter Beachtung des Vergaberechts, erneut zu beraten und zu beschließen.

Es entwickelt sich eine Diskussion über das Erfordernis eines ständigen Tagesordnungspunktes „*Bericht der Ausschussvorsitzenden und des Bürgermeisters*“ für die Hauptausschusssitzungen, wie von der Ausschussvorsitzenden festgelegt. Frau Honerlah hält daran fest und begründet dieses.

### **Zu Punkt 4 der Tagesordnung:** **„Erstellung eines Entwicklungskonzepts für die Gemeinde / Einwohnerentwicklung“**

Zu diesem Tagesordnungspunkt haben die Mitglieder des Hauptausschusses eine Beratungsvorlage erhalten, der als Anlage der Sonderbericht lfd. Nr. 04/19/08 vom 12.09.2008 für den Umwelt- und Planungsausschuss beigefügt war. Bürgermeister Dornquast erläutert den Bericht und sagt gleichzeitig die Fortschreibung der darin enthaltenen Daten für das 2. Halbjahr 2008 zu. Im Verlauf der Beratungen beantwortet er Fragen der Hauptausschussmitglieder.

Frau Honerlah erläutert ihre Anregung, dass sich die gemeindlichen Gremien mit den zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinde befassen sollten und begründet dieses näher.

Es schließt sich ein kontroverser Meinungs austausch darüber an, ob überhaupt eine Zuständigkeit des Hauptausschusses in der Angelegenheit gegeben ist. Diskussionspunkt ist außerdem eine Studie der Bertelsmann Stiftung, die eine Prognose der demographischen Entwicklung bis zum Jahr 2025 beinhaltet.



Bürgermeister Dornquast schildert, auf Nachfrage von Frau Honerlah, die einzelnen Phasen der Entwicklung von Wohnraum in Henstedt-Ulzburg seit Bestehen der Großgemeinde. Er teilt mit, dass seitens der Verwaltung beabsichtigt ist, die gesunkenen Schlüsselzahlen zum Anlass zu nehmen, Vergleiche mit anderen Kommunen, die davon nicht betroffen sind, anzustellen.

Herr Ostwald erachtet den Hauptausschuss für die Thematik als nicht zuständig und beantragt, die Angelegenheit zur weiteren Beratung in den Umwelt- und Planungsausschuss zu verweisen.

Dieser Auffassung schließen sich Herr Schmidt und Herr Süme an. Darüber hinaus sieht Herr Süme vorab Beratungsbedarf in den Fraktionen. Seiner Meinung nach besteht ein akutes Handlungserfordernis.

Auch Bürgermeister Dornquast ist der Überzeugung, dass der Hauptausschuss in der Angelegenheit nicht federführend zuständig ist, sondern lediglich seine koordinierende Funktion wahrzunehmen hat.

**Der Antrag von Herrn Ostwald, die Angelegenheit zuständigkeitshalber in den Umwelt- und Planungsausschuss zu verweisen,**

wird mit **7 Stimmen** (CDU-Fraktion, SPD-Fraktion)

bei **2 Stimmen dagegen** (Frau Honerlah, Herr Steffen)

und **2 Stimmenthaltungen** (Herr Andernacht, Herr Lemke)

**angenommen.**

**Zu Punkt 5 der Tagesordnung:**

**„Zusammenarbeit Selbstverwaltung (Politik) und Verwaltung“**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Mitgliedern des Hauptausschusses eine Beratungsvorlage zugegangen.

**a) Fußnoten auf Sitzungsunterlagen**

Frau Honerlah bittet die Verwaltung darum, die Sitzungsunterlagen (Einladungen, Vorlagen, Niederschriften) für die gemeindlichen Gremien zukünftig mit Fußnoten zu versehen, welche die Bezeichnung des Dokuments enthalten sollen. Bürgermeister Dornquast sagt zu, dem Wunsch nachzukommen.

**b) Anzahl der Tischvorlagen möglichst gering halten**

Frau Honerlah bittet die Verwaltung, die Anzahl der Tischvorlagen möglichst zu reduzieren, da diese häufig aufgrund ihres Umfangs in der Kürze der Zeit bis zum Beginn der Sitzungen, insbesondere von den neuen Mitgliedern der gemeindlichen Gremien, nur schwer durchzuarbeiten seien.

Bürgermeister Dornquast versichert, dass Tischvorlagen bereits in der Vergangenheit durch die Verwaltung nur dann gefertigt wurden, wenn die Beschlussfassungen als



nicht bis zur nächsten Sitzung aufschiebbar erachtet wurden. Die Verwaltung werde jedoch zukünftig dieses Erfordernis noch eingehender prüfen.

Frau Lessing merkt an, dass es jedem Mitglied der gemeindlichen Gremien frei steht, internen Beratungsbedarf anzumelden und damit die Angelegenheiten zu vertagen.

### **c) Darstellung von veränderten (Zahlen-)Angaben in Sitzungsvorlagen**

Frau Honerlah richtet an die Verwaltung die Anregung, in Sitzungsvorlagen veränderte Sachverhalte zur besseren Verständlichkeit künftig deutlicher darzustellen. Die geplanten Veränderungen sollen kenntlich gemacht und beschrieben werden. Bei Geldbeträgen solle dementsprechend die Erhöhung oder Reduzierung durch Nennung des Ausgangsbetrages, des Veränderungsbetrages sowie des neuen Endbetrages (von .. €/um .. €/auf .. €) dargestellt werden.

### **d) Verfahren bei Anfragen von Mitgliedern der gemeindlichen Gremien an die Verwaltung**

Frau Honerlah bittet um Vorschläge, wie das Verfahren bei Anfragen von Mitgliedern der gemeindlichen Gremien an die Verwaltung verbessert und beschleunigt werden kann.

Bürgermeister Dornquast informiert, dass die Anzahl der Anfragen in jüngster Zeit erheblich gestiegen ist. Diese sind häufig derart umfangreich, dass der Verwaltung trotz größter Anstrengungen eine vollständige Beantwortung innerhalb von oft nur ein bis zwei Tagen bis zur Sitzung nicht immer möglich ist. Da die Antwort, um einen einheitlichen Informationsstand zu gewährleisten, in der Regel ohnehin an alle Mitglieder der gemeindlichen Gremien erfolgt, bittet er, größere Anfragen während der Sitzungen zu stellen, die dann von der Verwaltung schnellstmöglich beantwortet würden. Auch sei es nicht Aufgabe der Verwaltung, Sachhintergründe für Anträge zu formulieren.

Frau von Bressensdorf ist der Auffassung, dass sich einige Anfragen ganz oder teilweise erübrigen könnten, wenn Informationen innerhalb der Fraktionen besser weiter gegeben würden (sog. Fraktionsarbeit).

### **e) Bezeichnung des Tagesordnungspunktes**

Bürgermeister Dornquast merkt an, dass die Überschrift dieses Tagesordnungspunktes nicht korrekt sei. Auch die hauptamtliche Verwaltung sei Teil der Selbstverwaltung. Richtig müsse es folglich heißen: „Zusammenarbeit: Ehrenamt - Hauptamt“.

Frau Honerlah merkt an, dass die Überschrift von der Verwaltung vorgeschlagen wurde.

### **f) Kein Kenntlichmachen von finanziellen Auswirkungen in Sitzungsvorlagen**

Frau Honerlah regt an, zukünftig in Sitzungsvorlagen, z. B. durch Ankreuzfelder (ja - nein) und weitere Spezifizierung, kenntlich zu machen, ob für die jeweilige Maßnahme mit finanziellen Auswirkungen zu rechnen ist und ggf. in welcher Höhe.

Bürgermeister Dornquast erklärt, dass die finanziellen Auswirkungen in den meisten Fällen bei der Beschlussfassung noch gar nicht fest stünden (z. B. Bebauungspläne).



Frau Lessing, Mitglied des Kreistages, teilt mit, dass die von Frau Honerlah vorgeschlagene Verfahrensweise dort praktiziert und von vielen als überflüssig erachtet wird.

Unter den Mitgliedern des Hauptausschusses besteht Einvernehmen, dass der Anregung von Frau Honerlah nicht gefolgt werden soll.

#### **g) Besetzung des Koordinierungsausschusses „Mehrgenerationenhaus“**

Frau Honerlah thematisiert die personelle Besetzung von sog. Unterausschüssen und nimmt Bezug auf die in der Sitzung des Sozial-, Senioren- und Gleichstellungsausschusses am 04.12.2008 beschlossene Zusammensetzung des Koordinierungsausschusses „Mehrgenerationenhaus“. Sie spricht sich erneut für eine generelle Besetzung entsprechend dem Verhältnis der Sitzverteilung in der Gemeindevertretung aus.

Herr Ostwald informiert, dass die Gemeindeordnung, außer dem sog. Rechnungsprüfungsausschuss, keine Unterausschüsse kennt und somit dort auch keine Regelungen hinsichtlich der personellen Besetzung getroffen werden.

Herr Schmidt erklärt, dass der im Antrag der SPD-Fraktion enthaltene Vorschlag zur Besetzung des Koordinierungsausschusses sich an den jeweiligen Funktionen der betreffenden Personen orientierte.

#### **Zu Punkt 6 der Tagesordnung: „Unterrichtungen / Anfragen“**

##### **a) Sachstand „MandaFit“**

Herr Andernacht erkundigt sich, ob es bereits neue Informationen zum derzeitigen Entwicklungsstand der Software „MandaFit“ gibt. Dieses wird seitens der Verwaltung verneint.

##### **b) Verkehrskontrollen im Bereich der Lindenstraße**

Herr Steffen fragt nach, ob beabsichtigt ist, die Verkehrskontrollen in dem von der Lindenstraße abzweigenden Wirtschaftsweg fortzusetzen. Bürgermeister Dornquast gibt an, dass nach seiner Kenntnis die örtliche Polizei-Zentralstation dort weiterhin Kontrollen durchführt.

##### **c) Erfordernis zur Durchführung von Sitzungen**

Herr Süme stellt, mit Blick auf den Inhalt der Tagesordnung, gegenüber der Ausschussvorsitzenden Frau Honerlah in Zweifel, dass die Durchführung der heutigen Hauptausschusssitzung erforderlich war. Er führt dabei Kostengründe sowie Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern an. Frau Honerlah teilt diese Auffassung nicht und weist darauf hin, dass notwendige Berichte der Verwaltung im nichtöffentlichen Teil der Sitzung erläutert werden.

##### **d) Wegfall von Tempo 30-Zonen, neue Verkehrsregelung in der Wilstedter Straße**

Herr Ostwald möchte wissen, ob (außer in der Wilstedter Straße) noch an anderen Stellen in der Gemeinde die Gefahr besteht, Tempo 30-Zonen zu verlieren. Bürgermeister Dornquast gibt an, dass diesbezüglich noch keine Erkenntnisse vorliegen.



Es entwickelt sich eine kontroverse Diskussion bezüglich der derzeitigen, neuen Verkehrsregelung in der Wilstedter Straße und der in der Presse zitierten Aussage des Bürgermeisters dazu. Bürgermeister Dornquast beantwortet weitere Fragen der Hauptausschussmitglieder in der Angelegenheit.

**e) zu TOP 11 d) der Sitzung des Hauptausschusses am 17.11.2008  
„Grundstücksangelegenheiten“ - nichtöffentlich**

Herr Schäfer erkundigt sich, ob die Nachverhandlungen der Verwaltung bereits zu einem Ergebnis geführt haben. Bürgermeister Dornquast gibt an, dass diese noch nicht abgeschlossen sind. Es zeichne sich jedoch bereits ab, dass der Grundstückseigentümer dem Wunsch der Gemeinde nachkommen werde.

**Zu Punkt 7 der Tagesordnung:**

**„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“**

**Zu TOP 6 d) „Wegfall von Tempo 30-Zonen, neue Verkehrsregelung in der Wilstedter Straße“**

Eine Einwohnerin, Frau Grützbach, schlägt vor, das betreffende Tempo 30-Verkehrszeichen in der Wilstedter Straße so weit vorzuziehen, dass in keinem Bereich mehr Tempo 50 gilt. Bürgermeister Dornquast sieht dafür kein Erfordernis.

Hauptausschussvorsitzende Honerlah schließt entsprechend der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung die Öffentlichkeit zu den Tagesordnungspunkten 8 und 9 aus.

**Zu Punkt 8 der Tagesordnung:**

**„Niederschlagung von Forderungen“**

Siehe Anlage zur Niederschrift.

Die Anlage ist vertraulich zu behandeln und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.

**Zu Punkt 9 der Tagesordnung:**

**„Berichtswesen“**

- a) Grunderwerbsvorgänge und Grundstücksverkäufe, soweit diese in den gemäß Hauptsatzung festgelegten Wertgrenzen für den Bürgermeister liegen**
- b) Neuansiedlung / Betriebserweiterung im Gewerbegebiet Nord im Jahr 2008**

Siehe Anlage zur Niederschrift.

Die Anlage ist vertraulich zu behandeln und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.



Im Anschluss an die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt stellt Hauptausschussvorsitzende Honerlah die Öffentlichkeit wieder her und gibt die vom Hauptausschuss gefassten Beschlüsse bekannt.

Sodann schließt sie die Sitzung.

gez. Karin Honerlah  
(Hauptausschussvorsitzende)

gez. Petra Felker  
(Protokollführerin)

Gesehen:

gez. Volker Dornquast  
(Bürgermeister)